

Pressemitteilung

Bündnis startet Petition zur Ermöglichung von Schwangerschaftsabbrüchen am Passauer Klinikum

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Passau, das aus 21 lokalen Gruppierungen, Initiativen und Parteien besteht, hat vergangene Woche eine Petition zur Ermöglichung von Schwangerschaftsabbrüchen am städtischen Klinikum gestartet. Unter dem Titel "Passau for Choice - Schwangerschaftsabbrüche am städtischen Klinikum ermöglichen" fordern die Passauer*innen den Oberbürgermeister Jürgen Dupper dazu auf, ungewollt Schwangeren Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen nach allen gesetzlich vorgesehenen Regelungen am städtischen Klinikum zu ermöglichen. In gut einer Woche unterschrieben über 2000 Unterstützer*innen die Petition auf Open Petition, deutlich mehr als ein Drittel davon aus Passau.

"Die Versorgungslage für ungewollt Schwangere ist in ganz Niederbayern und insbesondere in Passau als Oberzentrum des Regierungsbezirks seit Jahrzehnten katastrophal. In der gesamten Region kommen auf 1,2 Millionen Einwohner*innen trotz 23 Kliniken insgesamt lediglich zwei Möglichkeiten, einen Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung* durchführen zu lassen", erläutert Sara Köhl, Mitinitiatorin der Petition.

"Und das, obwohl eine ausreichende Versorgung laut Gesetz zu gewährleisten ist." betont Susanna Lindlein, ebenfalls Mitinitiatorin der Petition "Passau for choice". "Dass die Stadt Passau aktiv geltendes Bundesrecht blockiert, ist ein Skandal, dem endlich ein Ende gesetzt werden muss. Stadtratsbeschlüsse sollen nicht Krankenhäuser, die in öffentlicher Hand sind, davon abhalten, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten und somit die Gewährleistung des Rechts auf Selbstbestimmung von ungewollt Schwangeren und eine medizinische Grundversorgung verhindern."

Zwar verpflichtet §13 Abs. 2 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, "[d]ie Länder [...] ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicher[zustellen]." Doch weder die bayerische Landesregierung noch die kommunalen Träger sehen sich verpflichtet, Angebote an kommunalen Krankenhäusern einzurichten. So verbietet der Landkreis Passau seit einem Kreistagsbeschluss 1986 allen seinen Kliniken, Abbrüche nach kriminologischer Indikation oder der Beratungsregelung durchzuführen. Am Klinikum der Stadt Passau verhindern Stadtrat und Oberbürgermeister seit Jahrzehnten, dass Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung durchgeführt werden. Zwei Anträge, dies zu ändern, scheiterten in den Jahren 1998 und 2007. Doch in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage im Landtag behauptete die Landesregierung, dass in "Bayern insgesamt" eine ausreichende Versorgung gewährleistet sei.

Nicht nur regionale Medien berichten seit Jahrzehnten über die prekäre Lage, sondern auch national erlangte Passau bereits Aufmerksamkeit, etwa durch die heute show. Und sogar in

internationalen Medien wie der BBC machte Passau mit seiner Versorgungslücke Schlagzeilen. Denn zwischenzeitlich mussten ungewollt Schwangere für einen Schwangerschaftsabbruch mindestens 120km reisen. Mittlerweile gibt es eine einzige Möglichkeit für ungewollt Schwangere, einen Abbruch nach der Beratungsregelung ambulant in Passau durchführen zu lassen.

Dabei scheint es auf den ersten Blick überraschend, dass gerade in der Stadt Passau eine solch restriktive Abtreibungspolitik gemacht wird. Seit 2008 steht mit Jürgen Dupper ein SPD-Mann an der Spitze der Stadt und die SPD-Fraktion ist die größte Fraktion im Stadtrat. Dabei setzt sich die SPD auf Bundesebene für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts und einer vollumfänglichen medizinischen Versorgung ein. So heißt es im SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl: "Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung – das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an [...] Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht."

Bevor sie die Petition starteten, versuchten die Initiatorinnen, den Dialog mit dem Oberbürgermeister Jürgen Dupper und den Passauer Stadträt*innen zu suchen. "Leider war das Ersuchen nach einem Termin mit OB Dupper schon seit langem vergeblich", bedauert Henriette Gremm, ebenfalls Mitinitiatorin der Petition, "Wir versuchen seit letztem Herbst, einen Gesprächstermin mit Herrn Dupper zu vereinbaren, dabei wurde uns jedes Mal abgesagt oder kein Termin in Aussicht gestellt."

Deswegen haben die Mitglieder des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung sich dazu entschlossen, eine Petition ins Leben zu rufen um den Druck zu erhöhen, geltendes Recht auch in Passau umzusetzen. "Wir sehen in der Petition vor allem eine Chance für Passau, auch im Bereich der Gesundheitsversorgung fortschrittlich und zukunftsgerichtet zu bleiben und seiner Verantwortung als Kommune gegenüber gebärfähigen Menschen endlich gerecht zu werden", fügt Sara Köhl hinzu.

Unterschreiben kann man die Petition unter dem Titel "Passau for choice" auf <https://www.openpetition.de/petition/online/passauforchoice-schwangerschaftsabbrueche-am-staedtischen-klinikum-ermoeglichen>